

25. internationales forum des jungen films berlin 1995

13

45. internationale
filmfestspiele berlin

ULRIKE MARIE MEINHOF

Land	Frankreich/Deutschland/Belgien 1994
Produktion	Les Films du Village Paris
Co-Produktion	La Sept / Arte; Unité Documentaire RTBF, Brüssel; Lichtblick Filmproduktion Hamburg
Regie, Buch	Timon Koulmasis
Kamera	Jacques Bouquin
Ton	Albert Rüpf
Schnitt	Aurique Delannoy
Mischung	Roland Boon
Musik	Alfred Schnittke, Luigi Nono, J.S. Bach, Sergej Rachmaninoff, Musik der fünfziger und sechziger Jahre
Regie-Assistenz, Dokumentation	Bertina Henrichs
Kamera-Assistenz	Boris Breckoff
Schnitt-Assistenz	Anja Lüdcke
Historische Beratung	Anne Steiner
Produzent	Fabrice Puchault
Mitwirkende	Astrid Proll, Monika Seifert, Ruth Walz, Jürgen Seifert, Klaus Wagenbach, Peter Rühmkorf, Freimut Duve, Peter Coulmas, Klaus Röhl
U. Meinhofs Stimme	Anja Lüdcke
Uraufführung	20. Juni 1994, Filmfestival Marseille
Format	16 mm, Farbe
Länge	61 Minuten
Weltvertrieb	Les Films du Village 5 pass. Montgallet F-75012 Paris Tel.: (33-1) 462 845 90 Fax: (33-1) 398 262 45

Unter Mitwirkung des Centre National de la Cinématographie, der Commission télévision de la Procirep, von FAVI und mit der Unterstützung von 'Documentary' (EU) und Fonds Eurimages du Conseil de l'Europe

Inhalt

Der Film handelt von einer der interessantesten Figuren der jüngsten Geschichte: Ulrike Marie Meinhof. In den siebziger Jahren war sie der Kopf der berühmten 'Roten Armee Fraktion'. Ulrike Meinhof wurde 1972 verhaftet; 1976 beging sie Selbstmord in ihrer Gefängniszelle. Der Film ist eine Reise in die Vergangenheit; er stützt sich auf Archivmaterial ebenso wie auf die persönlichen Erinnerungen derer, die Ulrike Meinhof nahestanden, und versucht so, die Wahrheit über den radikalen Wandel ihrer Haltung herauszufinden.

Ulrike Marie Meinhof, 1970 Mitbegründerin der 'Roten Armee Fraktion', galt bis zu ihrem Tod 1976 in der Gefängnisfestung Stuttgart-Stammheim als führende Theoretikerin der Gruppe. Die Nachwelt hat sie bis heute in die vereinfachenden Muster der 'kommunistischen Staatsfeindin' oder der 'Märtyrerin' gepreßt.

Um die Tragweite und eigentliche Bedeutung der angesprochenen Ereignisse zu verstehen, müssen wir den Menschen Ulrike Meinhof hinter der Maske, zu der ihr Bild heute entstellt ist, (wieder)finden. Wie konnte die RAF entstehen? Warum und wie konnte die überzeugte Pazifistin Ulrike Meinhof zum bewaffneten Kampf kommen? Inwieweit ist die Geschichte Ulrike Meinhofs emblematisch oder repräsentativ für eine ganze Epoche der deutschen Geschichte? Und welchen Sinn kann diese Geschichte heute für unsere Generation (die ihrer Kinder, der Kinder von 1968) besitzen?

Das hier unternommene Filmporträt Ulrike Meinhofs stellt, ohne den historischen Kontext und die politische Perspektive zu vernachlässigen, den menschlichen Aspekt in den Vordergrund. Es zeigt, wie die Protestantin und Pazifistin, die jahrelang von Ost-Berlin bezahlte antifaschistische Journalistin Ulrike Meinhof als illegales Mitglied der Kommunistischen Partei gleichzeitig zum Star der westdeutschen bürgerlichen Medienwelt avanciert und schließlich zum Opfer ihrer eigenen Widersprüche wird; inwieweit sie selbst ein Produkt einer die Gewalt ihrer faschistischen Vergangenheit verdrängenden, kapitalistischen Gesellschaft ist, die sie ihr Leben lang mit der Gewalt erst ihrer Worte, dann der Waffen bekämpft. Insofern ist sie vielleicht eine tragische Figur. (...)

Timon Koulmasis, dessen Eltern mit Ulrike Meinhof und ihrem langjährigen Ehemann Klaus Rainer Röhl eng befreundet waren, hat einen Großteil seiner Kindheit und Jugend mit den Zwillingstöchtern Ulrike Meinhofs verbracht.

Produktionsmitteilung

Die andere Erinnerung

Das erste Bild, das meine Erinnerung freigibt, ist das der Zwillingstochter Ulrike Meinhofs, die an einem Spätsommerabend des Jahres 1970 in unser Haus getreten waren. Ich weiß nur ungefähr, woher sie kommen. Blond, braungebrannt und völlig verwirrt, verstehen sie die Welt nicht mehr. Bettina, meine beste Freundin, hält einen Mercedesstern, den sie von einem vor dem Haus geparkten Wagen abgebrochen hat, wie eine Beute in der Hand. „Mercedesse sind die Autos der Ausbeuter“, hatte ihre Mutter ihr beigebracht. „Das ist Terrorismus“, läßt sich ihr Vater halb scherzhaft, halb gedankenlos vernehmen. Die Zwillinge sind sieben Jahre alt. Der Gesichtsausdruck meiner Eltern ist finster. Monatlang hatten sie und ihr alter Freund, Klaus Rainer Röhl, der (geschiedene) Ehemann Ulrike Meinhofs und Vater der Zwillinge, auf geheime Telefonanrufe gewartet oder nervös über ein angebliches Klicken im Telefon diskutiert. Wenig später mußten die Mädchen von Geheimpolizisten in die Schule begleitet werden.

Die Mutter der Zwillinge, Ulrike Marie Meinhof, war eine alte Freundin meines Vaters. Sie war weggegangen, um für eine bessere, eine menschlichere Welt zu kämpfen, wurde uns gesagt, mit anderen aber, die sie in eine üble Sache

hineingezogen hätten - Ulrike Marie Meinhof hatte ihre eigenen Kinder entführen lassen. Unbekannte hatten sie in einem Auto über grüne Grenzen hinweg bis ans andere Ende Europas, nach Sizilien, verschleppt, wo sie vier Monate lang ohne Nachrichten von ihren Eltern in einem Barackenlager versteckt gehalten wurden.

Ulrike Marie Meinhof, Mitbegründerin der 'Roten Armee Fraktion' oder 'Baader-Meinhof-Bande', Theoretikerin der Gewalt in Deutschland und verantwortlich für mehrere blutige Attentate in den folgenden zwei Jahren, befand sich zu diesem Zeitpunkt in der jordanischen Wüste und bereitete sich unter der Anleitung von Mitgliedern der PLO auf den bewaffneten Kampf vor.

Die 'Rote Armee Fraktion' hatte mit ihrer (wie manche behaupten: erpreßten) Zustimmung beschlossen, ihre Kinder in ein palästinensisches Waisenlager zu bringen, wo sie als zukünftige antizionistische Guerillakämpferinnen aufwachsen sollten. Die PLO hatte unter der Bedingung akzeptiert, daß die Kinder Namen und Identität ändern und ihre Eltern nie wiedersehen würden.

Stefan Aust, damals Mitarbeiter Klaus Rainer Röhl's, hatte, Hinweisen eines Gruppenmitgliedes folgend, die Kinder unter abenteuerlichen Umständen zwischen Palermo und Rom, von wo sie nach Beirut fliegen sollten, befreien können.

Jahre später: ich erinnere mich, wie wir während der Ölkrise auf den leergefegten Hauptstraßen Rollschuh fuhren. Die Zwillinge hatten ihre Mutter wiedergesehen.

Ulrike Marie Meinhof war nach zwei Jahren des Untergrundkampfes schließlich verhaftet worden. Abgemagert und von den Hungerstreiks geschwächt, welche sie und die anderen Gruppenmitglieder teils aus taktischen Beweggründen, teils um gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren, unternommen hatten, hatte sie ihren Kindern ihren 'Gesundheitszustand' im Gefängnis nicht verbergen können.

In ein Kinderbuch, das sie ihnen mitgegeben hatte, hatte sie hineingeschrieben: Alle Macht dem Volke! (...)

Später - ich war fünfzehn Jahre alt - die kaum verhohlene Befriedigung des Tagesschau-Sprechers bei der Nachricht, die jeder erwartet hatte und auf die doch niemand wirklich gefaßt war: Ulrike Meinhofs 'Selbstmord'. Das vom 'Stern' hunderttausendfach verbreitete, unmenschliche Photo: Ulrike Meinhof, der vom Strang zerrissene Hals, ihr entstelltes Gesicht. Tot. Zwei Jahre zuvor hatte sie jeden Kontakt zu ihren Töchtern endgültig abgebrochen.

Timon Koulmasis

Ulrike M. Meinhof in 'Konkret'

Vietnam und die Deutschen

Längst ist der Krieg in Vietnam kein konventioneller Krieg mehr. Auch kein begrenzter Krieg, kein lokaler Konflikt zwischen amerikanischen Truppen und Vietkong, kein Weltanschauungskrieg zwischen 'Freiheit' und Kommunismus, auch nicht einfach ein Ausfluß amerikanischer 'Containment-Politik' gegenüber China. Dieser Konflikt hat sich ausgeweitet zu einem Weltkrieg neuen Typs, der Konflikt ist bereits internationalisiert; die ihn propagandistisch zu verkleinern suchen, zu bagatellisieren, sind eben die, die ihn zu diesem Stand getrieben haben.

Der imperialistische Charakter dieses Krieges als eines Krieges zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Vormachtstellung in der Welt, in Asien, Afrika, Europa und Südamerika, wird bereits offen zugegeben. (...) Wer dem Krieg in Vietnam Zustimmung und Sympathie nicht verweigert, steht, ob er das will oder nicht, auf der Seite des amerikanischen Hegemoniestrebens in der Welt. (...)

Die Frage ist, ob der Protest gegen diesen Krieg sich noch als demokratisches Alibi vereinnahmen lassen darf. Das Sterben von Frauen und Kindern, die Zerstörung von Krankenhäusern und Schulen, die Vernichtung von Ernten und lebenswichtigen Industrien - „bis sie nach Gnade winseln“, „bis das Geschäft erledigt ist“ - macht es notwendig, nach der Effizienz oppositioneller Aktionen zu fragen, nach der Effizienz polizeilich erlaubter Demonstrationen, von einer Polizei erlaubt, die das Instrument einer Regierung ist, die Bundeswehrhubschrauber nach Vietnam schickt und die es selbstverständlich nicht zulassen wird, daß diese Demonstrationen die Politik der Regierung tatsächlich stören, wenn nicht gar verhindern.

Wer begriffen hat, was in Vietnam los ist, fängt allmählich an, mit zusammengebissenen Zähnen und einem schlechten Gewissen herumzulaufen; fängt an zu begreifen, daß die eigene Ohnmacht, diesen Krieg zu stoppen, zur Komplizenschaft wird mit denen, die ihn führen; fängt an zu begreifen, daß die Bevölkerung, die diesen Krieg nicht versteht, weil sie über ihn nicht informiert wird, deren Emotionen gegen die Demonstranten gehetzt werden, mißbraucht wird, entwürdigt, erniedrigt.

In Berlin sind am 21. Oktober Flugblattraketen auf das Gelände der amerikanischen Soldaten geschossen worden, in denen die Soldaten aufgefordert werden, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, stattdessen zu desertieren. Diese Methode der Agitation ist waghalsig, ihr haftet der Geruch der Illegalität an. Es sind Frauen und Kinder, Ernten und Industrien, es sind Menschen, deren Leben dadurch gerettet werden soll. Die den Mut haben, zu solchen Methoden oppositioneller Arbeit zu greifen, haben offenbar den Willen zur Effizienz. Darüber muß nachgedacht werden.

In: Konkret, Nr. 11, Hamburg 1967, zitiert nach: U. Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 108 ff.

Vom Protest zum Widerstand

„Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß alle ändern auch nicht mehr mitmachen.“ So ähnlich - nicht wörtlich - konnte man es von einem Schwarzen der Black-Power-Bewegung auf der Vietnam-Konferenz im Februar in Berlin hören.

Die Studenten proben keinen Aufstand, sie üben Widerstand. Steine sind geflogen, die Fensterscheiben vom Springerhochhaus in Berlin sind zu Bruch gegangen, Autos haben gebrannt, Wasserwerfer sind besetzt worden, eine BILD-Redaktion ist demoliert worden, Reifen sind zerstoßen worden, der Verkehr ist stillgelegt worden, Bauwagen wurden umgeworfen, Polizeiketten durchbrochen - Gewalt, physische Gewalt wurde angewendet. Die Auslieferung der Springerpresse konnte trotzdem nicht verhindert werden, die Ordnung im Straßenverkehr war immer nur für Stunden unterbrochen. Die Fensterscheiben wird die Versicherung bezahlen. An Stelle der ausgebrannten Lastautos werden neue ausfahren, der Wasserwerferbestand der Polizei wurde nicht verkleinert, an Gummiknüppeln wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Also wird das, was passiert ist, sich wiederholen können: Die Springerpresse wird weiter hetzen können, und Klaus Schütz wird auch in Zukunft dazu auffordern können, „diesen Typen ins Gesicht zu sehen“ und die Schlußfolgerung nahelegen, ihnen reinzuschlagen - was am 21. Februar bereits geschehen ist -, schließlich zu schießen.

Die Grenze zwischen verbalem Protest und physischem

Widerstand ist bei den Protesten gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke in den Osterfeiertagen erstmalig massenhaft, von vielen, nicht nur einzelnen, über Tage hin, nicht nur einmalig, vielerorts, nicht nur in Berlin, tatsächlich, nicht nur symbolisch - übersritten worden. Nach dem 2. Juni wurden Springerzeitungen nur verbrannt, jetzt wurde die Blockierung ihrer Auslieferung versucht. Am 2. Juni flogen nur Tomaten und Eier, jetzt flogen Steine. Im Februar wurde nur ein mehr amüsanter und lustiger Film über die Verfertigung von Molotowcocktails gezeigt, jetzt hat es tatsächlich gebrannt. Die Grenze zwischen Protest und Widerstand wurde überschritten, dennoch nicht effektiv, dennoch wird sich das, was passiert ist, wiederholen können; Machtverhältnisse sind nicht verändert worden. Widerstand wurde geübt. Machtpositionen wurden nicht besetzt. War das alles deshalb sinnlose, ausufernde, terroristische, unpolitische, ohnmächtige Gewalt?

Stellen wir fest: Diejenigen, die von politischen Machtpositionen aus Steinwürfe und Brandstiftung hier verurteilen, nicht aber die Hetze des Hauses Springer, nicht Terror in Persien, nicht Folter in Südafrika, diejenigen, die die Enteignung Springers tatsächlich betreiben könnten, stattdessen Große Koalition machen, die in den Massenmedien die Wahrheit über BILD und BZ verbreiten könnten, stattdessen Halbwahrheiten über die Studenten verbreiten, deren Engagement für Gewaltlosigkeit ist heuchlerisch, sie messen mit zweierlei Maß, sie wollen genau das, was wir, die wir in diesen Tagen - mit und ohne Steine in unseren Taschen - auf die Straße gingen, nicht wollen: Politik als Schicksal, entmündigte Massen, eine ohnmächtige, nichts und niemanden störende Opposition, demokratische Sandkastenspiele, wenn es ernst wird den Notstand. - Johnson, der Martin Luther King zum Nationalhelden erklärt, Kiesinger, der den Mordversuch an Dutschke telegrafisch bedauert - sie sind die Repräsentanten der Gewalt des Systems, das Springer hervorgebracht hat und den Vietnam-Krieg, ihnen fehlt beides: Die politische und die moralische Legitimation, gegen den Widerstandswillen der Studenten Einspruch zu erheben.

Stellen wir fest: Es ist dokumentiert worden, daß hier nicht einfach einer über den Haufen geschossen werden kann, daß der Protest der Intellektuellen gegen die Massenverblödung durch das Haus Springer ernst gemeint ist, daß er nicht für den lieben Gott bestimmt ist und nicht für später, um einmal sagen zu können, man sei schon immer dagegen gewesen, es ist dokumentiert worden, daß Sitte & Anstand Fesseln sind, die durchbrochen werden können, wenn auf den so Gefesselten eingedroschen und geschossen wird. Es ist dokumentiert worden, daß es in diesem Land noch Leute gibt, die Terror und Gewalt nicht nur verurteilen und heimlich dagegen sind und auch mal was riskieren und den Mund nicht halten können und sich nicht bange machen lassen, sondern daß es Leute gibt, die bereit und fähig sind, Widerstand zu leisten, so daß begriffen werden kann, daß es so nicht weitergeht. Es ist gezeigt worden, daß Mordhetze und Mord die öffentliche Ruhe und Ordnung stören, daß es eine Öffentlichkeit gibt, die sich das nicht bieten läßt. Daß ein Menschenleben eine andere Qualität ist als Fensterscheiben, Springer-LKWs und Demonstranten-Autos, die bei der Auslieferungsblockade vor dem Springerhochhaus in Berlin von der Polizei in Akten blanker Willkür umgeworfen und beschädigt wurden. Daß es eine Öffentlichkeit gibt, die entschlossen ist, das Unerträgliche nicht nur unerträglich zu nennen, sondern dagegen einzuschreiten, Springer und seine Helfershelfer zu entwandern.

Nun, nachdem gezeigt worden ist, daß andere Mittel als nur Demonstrationen, Springer-Hearing, Protestveranstaltungen zur Verfügung stehen, andere als die, die versagt

haben, weil sie den Anschlag auf Rudi Dutschke nicht verhindern konnten, nun, da die Fesseln von Sitte & Anstand gesprengt worden sind, kann und muß neu und von vorne über Gewalt und Gegengewalt diskutiert werden. Gegengewalt, wie sie in diesen Ostertagen praktiziert worden ist, ist nicht geeignet, Sympathien zu wecken, nicht, erschrockene Liberale auf die Seite der Außerparlamentarischen Opposition zu ziehen. Gegengewalt läuft Gefahr, zu Gewalt zu werden, wo die Brutalität der Polizei mit paramilitärischen Mitteln beantwortet wird. Das Establishment aber, die „Herren an der Spitze“ - um mit Rudi zu reden -, in den Parteien, Regierungen und Verbänden haben zu begreifen, daß es nur ein Mittel gibt, 'Ruhe & Ordnung' dauerhaft herzustellen: Die Enteignung Springers. Der Spaß hat aufgehört. „Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht.“

Ulrike Meinhof, in: Konkret, Nr. 5, Hamburg 1968; zitiert nach: U. Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 138 ff.

Erläuterung

Am 11. April 1968 (Gründonnerstag) wurde in West-Berlin Rudi Dutschke von Josef Bachmann, der rechtsradikalen Kreisen nahestand, niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt; unmittelbar danach kam es in West-Berlin und der BRD zu den bisher größten und militantesten Demonstrationen der Studenten- und Jugendlichen-Bewegung. Vielerorts wurde - wenn auch nur mit geringem Erfolg - versucht, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern. - *Vietnam-Konferenz*: Im Februar 1968 fand an der Technischen Universität Berlin der 'Internationale Vietnam-Kongress' statt, der Höhepunkt der Vietnam-Kampagne; zahlreiche ausländische Delegationen nahmen teil, nach Aufhebung eines vom Senat erlassenen Demonstrationsverbotes nahmen über 12.000 an der Abschluß-Demonstration des Kongresses teil. Wenige Tage später, am 21. Februar, antwortete das offizielle Berlin mit einer von Senat, DGB und Springer-Konzern organisierten Gegenkundgebung; in der von den Springer-Zeitungen angeheizten Pogrom-Stimmung kam es mehrfach zu Ausschreitungen gegen Studenten, Langhaarige, Intellektuelle. - *Springer-Hearing*: vom SDS und anderen studentischen Organisationen im Februar 1968 geplante (und wegen der Eskalation der Ereignisse fallengelassene) öffentliche Veranstaltung zur Aufklärung über die Methoden der Springer-Presse. Auf einer Vorbereitungsveranstaltung wurde ein *Lehrfilm* von Holger Meins gezeigt: er unterrichtete über den Bau von Molotow-Cocktails.

Ebd.

Klaus Wagenbach: Grabrede für Ulrike Meinhof

Der jetzige politische Zustand in Deutschland soll zu tun haben - so die offizielle These - mit der 'Bedrohung der Demokratie durch terroristische Gruppen'. Für diese Gruppen war Ulrike Meinhof das Symbol. Es ist deswegen vollkommen absurd, wenn jetzt die Staatsgewalt so tut, als habe der Tod von Ulrike Meinhof *nichts* mit unsern Zuständen zu tun.

Die offiziellen Stellen mögen nachzuweisen versuchen, daß der Tod Ulrike Meinhofs ein 'Selbstmord' gewesen sei. Sie werden damit nicht unsere deutschen Zustände aus der Welt schaffen: Ein massives, lange vor irgendwelchen 'terroristischen Gruppen' - 1968 - geschaffenes 'Notstandsgesetz'. Ein noch viel länger zurückliegendes Verbot der kommunistischen Partei und die mit ihm verbundenen Verfolgungen.

Neuerdings die Verordnung zum Schutz der Beamten vor Linken jeder Art. Und schließlich das erst wenige Wochen alte Gesetz gegen die 'Befürwortung von Gewalt'.

Was Ulrike Meinhof umgebracht hat, waren die deutschen Verhältnisse. Der Extremismus derjenigen, die alles für extremistisch erklärten, was eine Veränderung der Verhältnisse auch nur zur Diskussion stellt.

Ulrike Meinhof, geboren in der Mitte der dreißiger Jahre, war alt genug, um die sinnlichen Erscheinungsformen des Nazismus noch wahrzunehmen. In den fünfziger Jahren wuchs sie bei Renate Riemeck auf, einer Antifaschistin, die für die 'Friedensbewegung' arbeitete, eine Organisation, die die Wiederbewaffnung zu verhindern suchte. Auch die Sozialdemokraten waren damals gegen die Wiederbewaffnung - heute, angesichts eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers, mögen sie ebenso ungern daran erinnert werden wie an ihre ersten Nachkriegsprogramme. Als die Bundeswehr durchgesetzt worden war, wurde die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung abgelöst von der 'Kampagne gegen den Atomtod', an der in der ersten Zeit die Sozialdemokratie ebenfalls beteiligt war. Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre fand praktisch der Bruch innerhalb der Linken statt: Die Sozialdemokratie schied aus der 'Kampagne' aus und nahm Kurs auf NATO und Godesberger Programm.

Dies waren die ersten politischen Erfahrungen Ulrike Meinhofs. Im folgenden Jahrzehnt - von der Mitte der fünfziger bis zur Mitte der sechziger Jahre - wurde Ulrike Meinhof innerhalb weniger Jahre zur bedeutendsten linken Journalistin der Bundesrepublik. Sie war es, die am klarsten die Enttäuschung über die reaktionäre Entwicklung der Sozialdemokratie formulierte. Sie kämpfte gegen den Krieg in Algerien, gegen die Notstandsgesetze und gegen die 'Große Koalition'. Sie agitierte für die Beendigung des Krieges in Vietnam und für eine andere 'Ostpolitik'. Sie widmete sich schließlich zwei Grundfragen des Marxismus: der Klassenanalyse und der Frage der revolutionären Gewalt.

Wer gehört zur ausgebeuteten und unterdrückten Klasse? Und, damit verbunden, wie ist die Befreiung dieser Klasse durchzusetzen? Es waren Überlegungen, die von den Betroffenen ausgingen, vom tatsächlichen Elend, nicht von der theoretischen Entfremdung. Und da waren es die Randgruppen, die in den Blick gerieten: die Eingesperrten, die Fürsorgezöglinge, die Weggelaufenen und Durchgedrehten. Ulrike Meinhof nahm damit sehr früh etwas wahr, was wir heute erst zu begreifen beginnen: die psychischen Kosten des Kapitalismus, die *innere Verelendung*.

Ulrike Meinhof berichtete viele Jahre über Gefängnisse und Fürsorgeheime, sie arbeitete in Stadtteilen und sie war Beobachterin in Prozessen. 1970 ging sie in den Untergrund und propagierte den bewaffneten Kampf für die Veränderung der Verhältnisse.

Auch diese Entscheidung hat mit unseren deutschen Verhältnissen zu tun: Die Polizei hatte zu jener Zeit - 1970 - die ersten Demonstranten erschossen, der Kampf gegen die Notstandsgesetze war vergeblich gewesen, der Bombenterror in Vietnam war auf dem Höhepunkt, die politische Kritik in den Medien wurde immer stärker zensiert.

Die rasende Wut der Staatsgewalt gegen die 'Rote Armee Fraktion' haben wir alle erlebt. Die 'Baader-Meinhof-Bande' wurde zum 'Staatsfeind Nr. 1' erklärt, ganze Stadtviertel abgeriegelt, tausende Personen Tag und Nacht vom 'Staatschutz' überwacht, Hunderte von Wohnungen durchsucht - am Ende machte sich die Polizei nicht einmal mehr die Mühe, zu klingeln und einen Durchsuchungsbefehl vorzuweisen: sie trat einfach die Tür ein und nahm sämtliche Bewohner und Papiere mit. Und schließlich: Die Polizei tötete während der zweijährigen Fahndung *mehr* Menschen

als die fünf, die bei den Attentaten der 'Roten Armee Fraktion' getötet wurden.

Wir haben erlebt, wie die politische Zielrichtung der Attentate geleugnet wurde und weiter nach den 'Kriminellen' gefahndet wurde, obwohl bereits der *Umfang* der Fahndungen diese Behauptungen widerlegte. Wir haben erlebt, wie die politischen Manifeste der Gruppe unterdrückt wurden. Wir haben schließlich erlebt, wie der Prozeß gegen Ulrike Meinhof geführt wurde.

Ulrike Meinhof war eine der klarsten Kritikerinnen des Kapitalismus in der Bundesrepublik. Diejenigen, die ihre Taten als 'Anarchistin' kritisieren, sind fast immer diejenigen, die sie in den Jahren zuvor als Kritikerin bekämpften und lächerlich machten.

Das wollen wir nicht vergessen. Es sind *unsere* Verhältnisse, die wir nicht vergessen wollen. Ulrike Meinhof starb am 8. Mai. An diesem Tag wurde vor einunddreißig Jahren der Krieg beendet. An diesem Tag eröffneten die Christdemokraten den diesjährigen Bundestagswahlkampf mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus!“

Wir sagen, mit Rosa Luxemburg und Ulrike Meinhof: „Freiheit und Sozialismus!“

Und diejenigen unter uns, denen vielleicht die Entschiedenheit und Strenge Ulrike Meinhofs zu fremd ist, erinnern wir an die beiden Zeilen von Bert Brecht: „Ach, wir / Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit / Konnten selber nicht freundlich sein.“

Aus: Klaus Wagenbach, Eintritt frei. Beiträge zur öffentlichen Meinung, Darmstadt 1982

Lebensdaten Ulrike Meinhofs

Geboren am 7. Oktober 1934 in Oldenburg. 1939 verliert sie den Vater, 1948 die Mutter durch Krebs. Sie wächst unter der gesetzlichen Vormundschaft der Historikerin Prof. Renate Riemeck auf. Studium der Philosophie, Pädagogik, Soziologie und Germanistik in Marburg, Münster, Hamburg. Mitkämpferin der Anti-Atomwaffen-Bewegung der Jahre 1958/59. 1959 bis 1969 Mitarbeiterin der Hamburger Zeitschrift 'Konkret', von 1962 bis 1964 als Chefredakteurin. Von Dezember 1961 bis März 1968 mit Klaus Rainer Röhl verheiratet. Aus dieser Ehe hat Ulrike Meinhof zwei Kinder. Im Frühjahr 1968 siedelt sie von Hamburg nach Berlin über. Tätigkeit als freie Journalistin und Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin. Nach der Befreiung des Kaufhausbrandstifters Andreas Baader am 14. Mai 1970 lebt sie im Untergrund. Am 15. Juni 1972 wird sie festgenommen. Bis 1974 unterliegt sie in Köln-Ossendorf besonders scharfen Haftbedingungen. Verlegung nach Stuttgart-Stammheim. 21. Mai 1975 Prozeßbeginn. 8. Mai 1976 Tod in Stammheim.

Aus: U. Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Wagenbach Verlag, Berlin 1994, S. 190

Biofilmographie

Timon Koulmasis ist griechischer Abstammung und wurde am 18. Juli 1961 in Hamburg geboren. Er schloß ein Studium der Geschichte und Philosophie in Köln und Paris ab. Seit 1983 lebt und arbeitet er als Regisseur und Drehbuchautor in Paris.

Filme:

- | | |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1987 | <i>The Waste Land</i> (Grand Prix du Festival International des Jeunes Réalistes de Belfort, 1987) |
| 1989 | <i>Le Rêve Sappho</i> |
| 1994 | ULRIKE MARIE MEINHOF |